

Stephanie Schury (Die Linke)

Fragen zur Wahl vom Friedenforum Kassel

1.) Werden Sie sich für ein restriktives Rüstungskontrollgesetz einsetzen, das Rüstungsexporte aus Deutschland generell verbietet?

DIE LINKE will alle Rüstungsexporte verbieten. Bis wir ein Rüstungsexportverbotsgesetz haben, wollen wir die Rüstungsexporte in Länder, die in bewaffnete Konflikte involviert sind, die sich in Krisenregionen befinden oder in denen die Regierung die eigene Bevölkerung unterdrückt, sofort stoppen. Ebenso muss der Export von Klein- und Leichtwaffen sofort gestoppt werden.

Wenn Rüstungskonzerne ihre Produktion durch technische Unterstützung im Ausland, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen internationalisieren, werden deutsche Regularien umgangen. Was tun Sie dagegen?

Wir wollen, dass auch der Export von Know-how und der Aufbau von Waffenfabriken im Ausland unter die bestehenden Bestimmungen der Rüstungsexportkontrolle fallen.

Wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen?

Selbstverständlich, muss ein Verbot von Rüstungsexporten auch auf der europäischen Ebene erfolgen.

2.) Wird sich Ihre Partei für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages einsetzen?

Ja. DIE LINKE tritt entschieden dafür ein, dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beizutreten. Zum Inkrafttreten des Vertrags am 22. Januar 2021 hat unsere Bundestagsfraktion diese Forderung in einem Antrag (19/26172) bekräftigt und die Bundesregierung aufgefordert, den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag zu erklären und sodann einen Gesetzentwurf vorzulegen, um den Vertrag zu ratifizieren. Was dem Beitritt zum AVV entgegensteht, ist der fehlende politische Wille der Bundesregierung. DIE LINKE wird das Ziel, dem AVV beizutreten, auch in der künftigen Wahlperiode weiterverfolgen.

Ist der Abzug der in Büchel stationierten US-Atomwaffen, wie vom Bundestag im Jahr 2010 beschlossen, für Ihre Partei ein erstrebenswertes Ziel?

• Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Diese und die darauffolgende Frage werden aufgrund ihres Zusammenhangs gemeinsam beantwortet. Ja. Die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO muss beendet werden. Es dürfen dafür keine Kampfflugzeug-Trägersysteme zur Verfügung gestellt und neu angeschafft werden. Die LINKE lehnt die Pläne der Bundesregierung entschieden ab, in den Jahren ab 2025 bis zu 100 Eurofighter in der Kampfbomber-Ausfertigung, sowie 45 F-18 Kampfflugzeuge aus US-Produktion anzuschaffen, von denen 30 fähig zum Tragen von Atomwaffen sein sollen. Die Gesamtkosten der Anschaffungen beziffert die Bundesregierung nicht: Schätzungen gehen von mindestens 30 Mrd. Euro Lebenswegkosten allein für die F-18-Kampfbomber aus. - Die LINKE setzt sich seit ihrer Gründung für die Beendigung der nuklearen Teilhabe in der NATO ein. Nicht wie andere Parteien, weil luftträger-gestützten Atombomben überholt seien. Sondern weil wir der Überzeugung sind, dass die deutsche Außenpolitik die Doktrin der Abschreckung hinter sich lassen muss. Die Linksfraktion hat im vergangenen Jahr einen Antrag eingebracht, der die Kosten für diese überholte und gefährliche Neuanschaffung den sozialen Erfordernissen gegenübergestellt, die aus der Corona-Krise entstanden (19/18750). Die LINKE wird auch weiterhin verlässlich gegen die Teilnahme Deutschlands in der nuklearen Teilhabe Deutschlands in der NATO streiten.

3.) Was wird Ihre Partei tun, um von der Politik der militärischen Interventionen und Kampfeinsätzen abzurücken?

DIE LINKE lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden und darf nicht in neue entsendet werden. Wir wollen die Mittel, die bisher für Auslandseinsätze ausgegeben werden, in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramm investieren.

Was tut Ihre Partei, um das übergeordnete Gewaltverbot der UN in Art. 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen, das allen Mitgliedsstaaten die Anwendung militärischer Gewalt verbietet, durchzusetzen?

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation, statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für Frieden und Stabilität brauchen wir in der internationalen Politik ein verbindliches Regelwerk, das immer gilt. Die Basis hierfür ist das Völkerrecht. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien CDU/CSU und SPD haben einen Aufrüstungs- und Konfrontationskurs gefahren, den DIE LINKE ablehnt. DIE LINKE ist die Friedenspartei und verlässliche Stimme der Friedensbewegung im Bundestag.

Was möchte Ihre Partei konkret gegen Kriegsursachen, wie Armut, Klimawandel und Ausbeutungsverhältnisse, tun?

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Frieden zu schaffen und zu bewahren bedeutet, die Bedingungen herzustellen, in denen ein Leben in Würde und Sicherheit

möglich ist. Dabei umfasst Sicherheit mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Sicherheit bedeutet auch, dass die Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet ist und es Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Wohnraum, Kultur, Bildung und Ausbildung gibt. Wir wollen diese Ansätze im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern und die Ausbildung dafür stärken. Auch ausländischen Friedenskräften wollen wir die Möglichkeit eröffnen, ihre Ausbildung in Deutschland zu absolvieren. Entsprechende Hochschulen und Ausbildungsstätten wollen wir auch im Ausland aufbauen.

Welche zivilen Krisenpräventionsmaßnahmen sieht ihre Partei im Falle von Konflikten vor?

Wir unterstützen das Anliegen, die zivilen Instrumente in der deutschen Außenpolitik deutlich zu stärken, nicht nur finanziell, sondern auch institutionell. Sie fristen bislang ein Schattendasein im Vergleich zu den militärischen Instrumenten. Wir unterstützen konkret die Verstärkung der Mediationsarbeit, nicht nur mit mehr Geld, sondern auch mit langfristiger und flexibler Förderung für Mediationsprojekte und eine institutionelle Aufwertung, die sich auch personell niederschlagen soll, z.B. an den deutschen Botschaften. Forschungsprojekte im Bereich der Friedensmediation und die Deutsche Stiftung Friedensforschung sollen stärker und kontinuierlich finanziell unterstützt und ein internationaler Erfahrungsaustausch befördert werden. Es ist völlig klar, dass diese Bereiche viel stärker finanziert, die Finanzierung auf Langfristigkeit umgestellt und institutionelle und personelle Ressourcen in diesem Bereich ausgebaut werden müssen. Jeder Cent und jede Mühe, die in Mediationsarbeit anstatt in die weitere Aufrüstung investiert werden, sind gut anlegt. Wir unterstützen den Beitritt zum Europäischen Friedensinstitut. Was uns von anderen Parteien unterscheidet: Wir sehen den Ausbau ziviler Instrumente und von Mediationsstrukturen als Alternative zum Militär, nicht als Ergänzung.

4.) Hält Ihre Partei am 2% Ziel des BIP für Militärausgaben fest, was zukünftig eine annähernde Verdoppelung des Rüstungsetats bedeuten würde?

Nein. Das Militärbudget der Bundesrepublik steigt seit Jahren immer weiter: Im laufenden Haushaltsjahr werden nach NATO-Kriterien bereits mehr als 50 Mrd. Euro für die Rüstung ausgegeben. Und so soll es weitergehen, nur noch mehr und noch schneller. Sollte Deutschland diesem Ziel folgen, müsste der Militärhaushalt bereits 2025 auf rd. 85 Mrd. Euro steigen: Der 'Einspruch' verschiedener Politiker*innen der Koalition hierzu bezieht sich nur auf den Zeitraum, in dem dies angestrebt werden soll, nicht auf das Ziel der Aufrüstung.

5.) Was will Ihre Partei tun, um Spannungen mit Russland, China und dem Iran zu entschärfen? Was hält Ihre Partei von einem Austritt aus der NATO?

Die beiden Fragen werden Aufgrund ihres Zusammenhangs gemeinsam beantwortet

Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Wir fordern, Verhandlungen über einen deutsch-Russischen Vertrag aufzunehmen, um Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen.

6.) **Ist Ihre Partei für die Bewaffnung von Drohnen? Was tun Sie um die Bewaffnung zu verhindern?**

Die beiden Fragen werden Aufgrund ihres Zusammenhangs gemeinsam beantwortet

Nein. Die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen muss verhindert werden. Wir sagen Nein zu Kampfdrohnen - auch nach der Wahl. Im Unterschied zur letzten Legislaturperiode drückte die Große Koalition in diesem Jahr eine Vorlage für eine bewaffnete Drohne, die sog. EURO-Drohne, durch, ohne dass die SPD eine Bewaffnung dieses Systems explizit ablehnte. Damit besteht die Gefahr, dass die SPD nun auch bei der Frage der Bewaffnung der Drohne HERON TP, deren Bewaffnung als erstes geplant ist, einknickt. Die LINKE fordert, als ersten Schritt, dass Deutschland auf jegliche Bewaffnungen von militärischen Drohnen verzichtet, und endlich engagierte abrüstungspolitische Initiativen, bis eine völkerrechtlich verbindliche Ächtung dieser gefährlichen Waffensysteme auf UN-Ebene durchgesetzt worden ist. Die LINKE wird auch im neuen Bundestag dafür kämpfen.

7.) **Was tut Ihre Partei, um derartige Projekte zu verhindern?**

Die Bewaffnung von Drohnen kann der Pfad hin zu autonomen Waffensystemen sein. So sind bei dem milliardenschweren Rüstungsprojekt Future Combat Air System (FCAS) durch künstliche Intelligenz gesteuerte Drohnenschwärme geplant. Dies lehnen wir ab. Mit der Bewaffnung von militärischen Drohnen würde die Aufrüstung Deutschlands einen entscheidenden Schritt gehen - über die Fernsteuerung des Tötens im Krieg in Richtung autonomer Kriegsführung. Weiterhin muss die Bundesrepublik endlich ihr Doppelspiel beenden, bei dem einerseits bei der UN-Expertengruppe in Genf Lippenbekenntnisse gegen die Autonomisierung von Waffen abgegeben werden, aber selbst in Deutschland bereits Milliarden für die Projektierung, Entwicklung und Erprobung solcher Waffen bereitgestellt werden. Die Bundesrepublik muss ein internationales Signal senden, und von sich aus auch auf die Entwicklung, Produktion oder den Kauf solcher Waffen verzichten.

8.) **Hat Ihre Partei hierfür eine Lösung?**

DIE LINKE fordert, dass der gesamte Ressourcenverbrauch der Bundeswehr, einschließlich von Wasser und Abfallmengen, entsprechend der Standards öffentlich dargestellt werden muss, die bereits in anderen NATO-Ländern üblich sind. Die dabei entstehenden Treibhausgasemissionen müssen umfassend und nicht selektiv ausgewiesen werden. Auf dieser Basis wird die LINKE dann auch für die Bundeswehr bzw. das Verteidigungsministerium Gesamt-Reduktionsziele für Treibhausgase und anderweitige Ressourceneinsparungen einfordern. Die Klimafolgen des Militärs und der Rüstungsproduktion dürfen weder aus der Klimaschutzgesetzgebung noch aus der Klimaberichterstattung ausgeklammert werden.